

Der Markt will es nicht richten

Ergebnisse des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

ULRICH SCHNEIDER UND
GWENDOLYN STILLING

Dr. Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer, Gwendolyn Stilling ist Pressesprecherin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V.

Internet www.paritaet.org

Die Armut in Deutschland verhärtet sich. Selbst eine gute wirtschaftliche Entwicklung führt kaum mehr zu einem Rückgang der Zahl von Menschen, die als »arm« oder als »armutsgefährdet« einzuordnen sind. Das ist die wichtigste Botschaft des neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die Konsequenzen, die der Verband aus den Befunden zieht, mündet in der Forderung: Wir müssen mit dem Teilen ernst machen!

Im Mai 2009 legte der Paritätische Wohlfahrtsverband zum ersten Mal einen regionalen Armutsatlas vor. (1) Er brachte wichtige Erkenntnisse zur Verteilung der Armut in Deutschland. Damals handelte es sich mehr oder weniger um eine Momentaufnahme. Da uns lediglich die Daten von 2005 bis 2007 zur Verfügung standen, war es nicht möglich, Entwicklungen nachzuzeichnen oder gar zu analysieren. Der am 21. Dezember 2011 vorgelegte neue Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes berücksichtigt dagegen bereits einen Zeitraum von sechs Jahren. Hierdurch wird es erstmals möglich, in Deutschland auch regionale Armutsentwicklungen und Trends aufzuspüren – mit zumindest vier erstaunlichen Befunden. (2)

Befund 1: Armut ist ein Marktversagen

Knapp zwölf Millionen Menschen, 14,5 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung, galten 2010 als armutsgefährdet. Nach der in der Europäischen Union gebräuchlichen Definition sind das Personen, die über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen.

Auffällig dabei: Bundesweit hat sich die Armut verhärtet. Seit sechs Jahren gibt es so gut wie keine Bewegung. Die

Armutssquote hat sich vielmehr auf außerordentlich hohem Niveau verfestigt und ist von der wirtschaftlichen Entwicklung seit Jahren vollkommen abgekoppelt. Ob Boom oder Krise – selbst starke wirtschaftskonjunkturelle Ausschläge – scheinen so gut wie keinerlei Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung in Deutschland zu haben.

Wenn wir uns die wirtschaftlich starken Jahre 2006, 2007 und 2010 anschauen, müssen wir feststellen, dass die Armut entweder kaum sank oder sogar leicht anstieg. Im Jahr 2006 wurde ein Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent von einem Rückgang der Armutssgefährdungsquote von gerade einmal 0,7 Prozent begleitet. Im Aufschwungjahr 2007 stieg die Armut trotz eines Wirtschaftswachstums von 2,7 Prozent sogar noch geringfügig an – um 0,3 Prozent. Im Jahre 2010 gab es ein kräftiges Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent, aber lediglich einen »Rückgang« der Armutssquote um gerade einmal 0,1 Prozent (vgl. Abb. 1).

Dies zeigt: Die Bundesregierung ist völlig falsch beraten, bei der Bekämpfung der Armut in erster Linie auf die Marktkräfte zu setzen. Auch bei starkem wirtschaftlichem Wachstum sind diese Kräfte offensichtlich nicht in der Lage, für einen Abbau der Armut zu sorgen. Der Markt ist in der Lage Reichtum zu produzieren, er ist jedoch nicht

in der Lage, ihn vernünftig und gerecht zu verteilen.

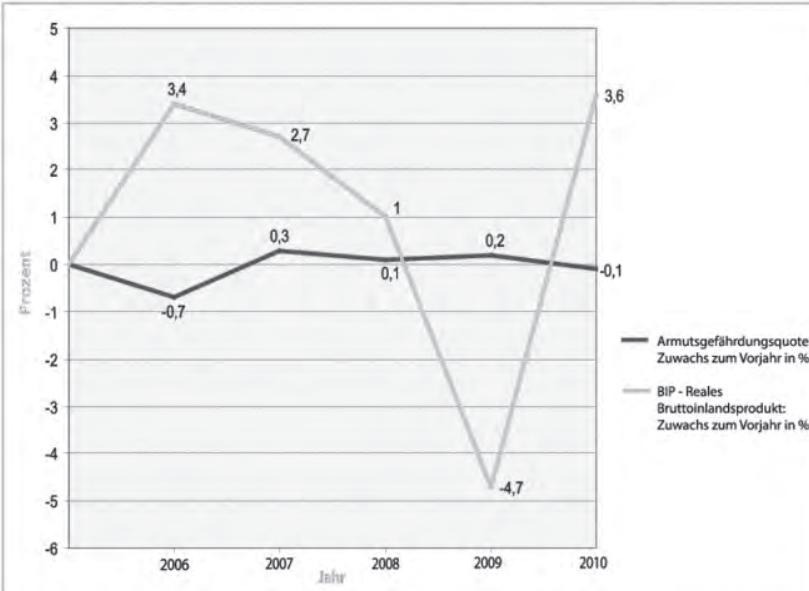
Befund 2: Deutschland ist dreiteilt

Die Bundesländer sind sehr unterschiedlich von Armut betroffen. Die Spannung reicht von 10,8 Prozent in Bayern bis zu 22,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ist die einfache Ost-West-Unterteilung mehr oder weniger passé.

Mit relativ scharfen Kanten lassen sich vielmehr drei Ländergruppen identifizieren: Es sind zum einen die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die mit Quoten zwischen 10,8 und 12,1 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 14,5 Prozent liegen.

Eine zweite Gruppe umfasst die nordwestdeutschen Länder – mit Ausnahme Bremens – und das Land Brandenburg. Hier reicht die Spanne von 13,3 Prozent in Hamburg bis 16,3 Prozent in Brandenburg.

Schließlich folgen die Länder mit deutlich überdurchschnittlichen Armutssquoten: Thüringen, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und insbesondere die extremen Ausreißer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit Armutssquoten von über 20 Prozent (vgl. Abb. 2).



Datenquelle: Bundesbank, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Abb. 1: Die Armutssquote hat sich mittlerweile vollkommen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.

Befund 3: Deutschland zeigt regional unterschiedliche Armutsentwicklungen

Die für Gesamtdeutschland festgestellte Verhärtung in den Armutssquoten spiegelt sich nicht in allen Bundesländern wider. Bei sieben Bundesländern bewegt sich durchaus etwas. Bei fünf

Ländern lassen sich sogar – bei aller gebotenen Vorsicht – Trends im Sinne einer kontinuierlichen und signifikanten Armutsentwicklung identifizieren. Eine gute Entwicklung zeigen: Hamburg, Brandenburg und Thüringen. Eine schlechte Entwicklung zeigen Nordrhein-Westfalen und Berlin.

In Hamburg und Brandenburg ging die Armutgefährdungsquote seit 2005 um jeweils 15 Prozent zurück. Mit zwölf Prozent nicht ganz so stark, aber ebenso kontinuierlich, fiel über die Jahre die Quote in Thüringen. Berlin und Nordrhein-Westfalen weisen dagegen eine unübersehbar negative Armutsentwicklung auf. Zwar sind auch hier die Armutssquoten von 2005 auf 2006 noch gesunken, doch seitdem steigen sie von Jahr zu Jahr stetig und spürbar an. In Berlin kletterte die Armutssquote von 17 Prozent im Jahr 2006 auf 19,2 Prozent in 2010. Ein Zuwachs von 13 Prozent. In Nordrhein-Westfalen stieg die Quote seit 2006 um elf Prozent von 13,9 auf 15,4 Prozent (vgl. Abb. 3).

Befund 4: Problemzone Ruhrgebiet

Blicken wir auf die Regionen, weisen die meisten großen Flächenländer enorme Armutsfälle innerhalb ihrer Landesgrenzen auf. Auch im wohlhabenden Bayern mit einer durchschnittlichen



Abb. 2: Die Armutgefährdung ist in Deutschland sehr ungleich verteilt.

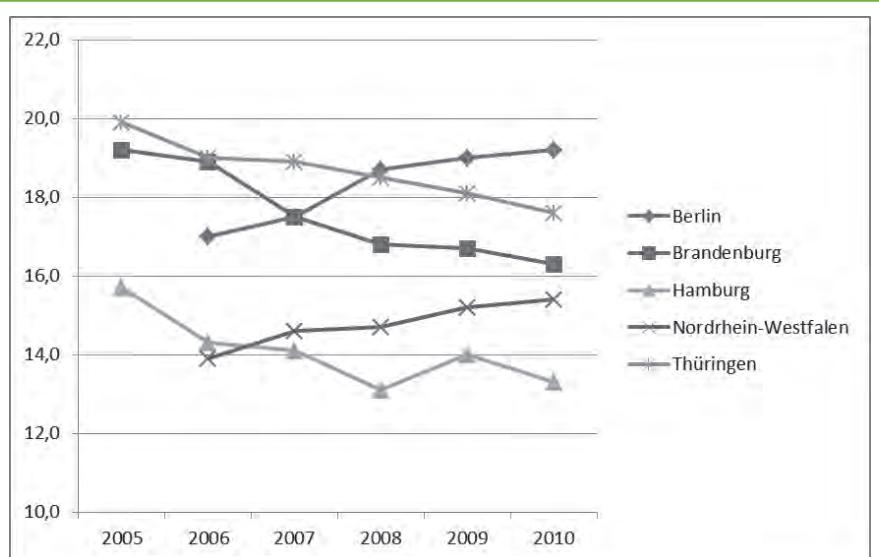


Abb. 3: Die Quoten der Armutgefährdung zeigen eine schlechte Entwicklung für Berlin und Nordrhein-Westfalen sowie tendenziell gute Trends für Brandenburg, Hamburg und Thüringen.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt (GENESIS) und eigene Berechnungen

Armutssquote von »nur« 10,8 Prozent reicht die Spreizung von 7,5 Prozent in Oberland bis 14,5 Prozent in Oberfranken Ost. Haben wir im Bonner Raum gerade einmal eine Armutssquote von 11,5 Prozent, sind es in der nur hundert Kilometer entfernten Region um Dortmund bereits 19,7 Prozent. In der regionalen Betrachtung gleicht

Deutschland einem armutspolitischen Flickenteppich. (3)

Am meisten muss dabei die Entwicklung im Ruhrgebiet beunruhigen. Hier kommen sehr hohe Armutssquoten und ein deutlicher, stark dynamischer Negativtrend zusammen. Zwar ist das auch in anderen Regionen vereinzelt der Fall, doch leben im Ruhrgebiet über fünf

Millionen Menschen. Es ist das größte Ballungsgebiet in Deutschland. Um ein Bild aus dieser Region zu benutzen: Sollte der Kessel Ruhrgebiet einmal anfangen zu kochen, dürfte es sehr schwer werden, ihn wieder abzukühlen.

Die Armutssquote in der Stadt Dortmund hat in nur sechs Jahren kontinuierlich um 24 Prozent zugenommen – von 18,6 auf 23 Prozent. Das ist eine Quote höher als in Mecklenburg-Vorpommern. In Duisburg waren es sogar 26 Prozent Zunahme – von 17 auf 21,5 Prozent. 13 Prozent Zuwachs meldet auch die Region Bochum/Hagen (von 15,1 auf 17,1 Prozent). Und das Gebiet Emscher/Lippe liegt mit einer Quote von 18,3 Prozent ohnehin seit Jahren weit über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Abb. 4).

Die Hartz-IV-Zahlen im Ruhrgebiet unterstreichen die Brisanz: Nicht ein einziger Ruhrgebietskreis liegt mit der Hartz-IV-Quote unter dem Bundesdurchschnitt von 9,8 Prozent. Nirgendwo eine abnehmende Tendenz – entweder Verhärtungen auf sehr hohem Niveau oder sogar aufsteigende Trends wie in Mülheim, in Hamm, in Essen oder in Gelsenkirchen mit sage und schreibe 21,6 Prozent Hartz-IV-Beziehern (vgl. Abb. 5).

Armut ist nicht naturgegeben. Sie resultiert auch nicht alleine aus der wirtschaftlichen Entwicklung. Armut ist immer auch politisch beeinflusst. Die Halbzeitbilanz der Bundesregierung fällt vor diesem Hintergrund bescheiden aus. Ein Gutteil der von der Regierung getroffenen steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen ist eher dazu geeignet, die Armutssproblematik zu verschärfen, als sie zu lösen. (4)

Die familienpolitische Umverteilung von unten nach oben ist dafür bezeichnend. Relativ kurz nach Regierungsantritt wurde der steuerliche Kinderfreibetrag von 6.024 Euro auf 7.008 Euro angehoben. Für den Spaltenverdiener stieg damit die Nettoentlastung von 220 auf 277 Euro pro Kind und Monat. Für die breite Masse wurde das Kinder geld dagegen lediglich um 20 Euro auf 184 Euro angehoben. Und Kinder im Hartz-IV-Bezug gingen ganz leer aus. Sie warten bis heute trotz Verfassungsgerichtsurteil und steigender Lebenshaltungskosten auf eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze. Stattdessen wurde für Hartz-IV-Empfänger auch

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010,0 |
|------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | Quote in % |
| Deutschland | 14,7 | 14,0 | 14,3 | 14,4 | 14,6 | 14,5 |
| Region Duisburg/ Essen | 15,5 | 14,5 | 15,8 | 14,8 | 16,6 | 16,0 |
| Region Bochum/ Hagen | 15,1 | 15,0 | 16,0 | 17,0 | 16,5 | 17,1 |
| Region Emscher-Lippe | 17,7 | 17,4 | 16,6 | 17,3 | 17,4 | 18,3 |
| Region Dortmund | 17,4 | 17,7 | 18,0 | 18,2 | 19,9 | 19,7 |
| | | | | | | |
| Stadt Dortmund | 18,6 | 20,2 | 20,5 | 21,3 | 22,2 | 23,0 |
| Stadt Duisburg | 17,0 | 16,2 | 22,2 | 19,2 | 22,9 | 21,5 |
| Stadt Essen | 17,7 | 13,9 | 12,6 | 16,3 | 16,8 | 17,8 |

Abb. 4: Das Ruhrgebiet wird immer mehr zum Armenhaus Deutschlands.

Quelle: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Armutsatlas 2009, Statistische Ämter des Bundes und der Länder

noch das Elterngeld faktisch gestrichen – eine Einbuße von 300 Euro monatlich. Genau so macht sich Politik mitschuldig am zunehmenden Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich in Deutschland.

Kürzungen beim Wohngeld oder die Streichung der Zuschläge für Arbeitslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV haben die gleiche armutsverschärfende Wirkung.

Geraeude armutspolitisch verheerend dürfte sich mittelfristig die Streichorgie in der Arbeitsmarktmarkpolitik auswirken. Durch die Milliardenkürzungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung stehen nicht nur aktuell fast 200.000 Langzeitarbeitslose auf der Straße, die bei Regierungsantritt noch beschäftigt werden konnten. Die Zahl der öffentlich geförderten Beschäftigungsangebote wurde durch diese Koalition fast halbiert. Wenn politisch nicht schnell umgesteuert wird, werden hunderttausende Langzeitarbeitslose ohne eine Perspektive auf der Straße stehen.

Das Teilhabepaket für arme Kinder ist gefloppt und was die notwendige Pflegereform oder die Bekämpfung der rasant auf uns zukommenden Altersarmut anbelangt, liegt auch zwei Jahre nach Regierungsantritt noch immer nichts Greifbares auf dem Tisch.

Resümee: Teilen tut not!

Ob Hilfen für Langzeitarbeitslose, arme Kinder, für pflegebedürftige Menschen oder altersarme Menschen – eines ha-

Hartz IV-Quoten im Ruhrgebiet nach Kreisen und kreisfreien Städten

| | Juli 2005 | Juli 2006 | Juli 2007 | Juli 2008 | Juli 2009 | Juli 2010 | Juli 2011 |
|----------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Deutschland | 10,3 | 11,2 | 11,0 | 10,6 | 10,4 | 10,4 | 9,8 |
| Ruhrgebiet | | | | | | | |
| Ennepe-Ruhr-Kreis | 9,3 | 8,7 | 9,9 | 9,9 | 10,2 | 11,0 | 10,4 |
| Unna, LK | 11,9 | 12,5 | 12,4 | 12,3 | 12,1 | 12,2 | 12,3 |
| Bottrop, Stadt | 12,0 | 13,0 | 12,6 | 12,7 | 12,5 | 13,1 | 12,9 |
| Bochum, Stadt | 12,9 | 13,2 | 13,5 | 13,3 | 13,0 | 13,5 | 13,3 |
| Recklinghausen, LK | 12,6 | 14,5 | 14,4 | 14,4 | 14,3 | 14,5 | 14,0 |
| Mülheim an der Ruhr | 11,2 | 12,0 | 13,1 | 13,1 | 13,5 | 13,9 | 14,1 |
| Hamm, Stadt | 13,0 | 13,8 | 14,9 | 14,5 | 14,3 | 14,0 | 14,9 |
| Hagen, Stadt | 15,8 | 17,0 | 16,9 | 16,3 | 16,4 | 17,0 | 15,9 |
| Oberhausen, Stadt | 14,4 | 16,2 | 16,1 | 15,9 | 15,9 | 16,3 | 16,2 |
| Herne, Stadt | 16,2 | 17,6 | 17,1 | 16,6 | 16,0 | 16,6 | 16,6 |
| Duisburg, Stadt | 17,3 | 18,9 | 18,7 | 18,4 | 18,3 | 18,7 | 17,8 |
| Dortmund, Stadt | 17,3 | 18,4 | 18,3 | 18,0 | 17,7 | 18,1 | 17,8 |
| Essen, Stadt | 15,9 | 17,4 | 17,8 | 18,1 | 18,3 | 18,5 | 18,2 |
| Gelsenkirchen, Stadt | 20,8 | 22,2 | 22,0 | 21,5 | 21,5 | 22,2 | 21,6 |

Abb. 5: Die Quoten für Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (»Hartz IV«) zeigen die brisante soziale Entwicklung im Ruhrgebiet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt (GENESIS) und eigene Berechnungen

frage zu stellen. Denn zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir nicht nur auf die Armut, sondern auch auf den extremen Reichtum in Deutschland schauen. Es ist an der Zeit, den Reichtum zu ent-

Vermögenden zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen. Konkret heißt das: große Vermögen, Erbschaften sowie hohe Einkommen stärker zu besteuern als heute. ■

»Die Politik macht sich mitschuldig am Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich in Deutschland«

ben sie gemeinsam: Sie kosten Geld, und zwar viel Geld. Eine Regierung, die dieser Wahrheit ausweicht und die nicht willens oder in der Lage ist, dieses Geld zu organisieren, wird Armut niemals bekämpfen können. So viel Ehrlichkeit muss sein.

Wer Armut wirklich und glaubhaft bekämpfen will, wird daher nicht darum herumkommen, die Verteilungs-

tabuisieren: Einer öffentlichen Verschuldung von rund 2,1 Billionen Euro steht ein gigantisches Barvermögen von privaten Haushalten in Höhe von 4,8 Billionen Euro gegenüber.

Der Paritätische ist der festen Überzeugung: Wir kommen angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, nicht darum herum, die sehr

Anmerkungen

- (1) Paritätischer Wohlfahrtsverband 2009: Unter unseren Verhältnissen Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Berlin, Eigenverlag.
- (2) Paritätischer Wohlfahrtsverband 2011: Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011. Berlin, Eigenverlag.
- (3) Vgl. Armutsbericht 2011 Tabelle 6: S. 10 ff.
- (4) Paritätischer Wohlfahrtsverband 2011: Falsche Weichenstellungen, verpasste Chancen. Eine Halbzeitbilanz der Regierungskoalition. Berlin, Eigenverlag.